

13 Millionen für eine neue Strasse?



Thomas Noack

Die ausgiebige Diskussion über die Langmattenstrasse in Oberwil hat den letzten Landratstag geprägt. Soll der Kanton 13 Millionen in den Neubau eines etwa 260 Meter langen Abschnitts einer

Kantonsstrasse investieren? Diese neue Strasse war Teil der ELBA-Vorlage, die im 2015 in der Volksabstimmung abgelehnt wurde. Mit einer Motion hat die SVP nun trotzdem den Ausbau der Langmattenstrasse gefordert. Dieser neue Strassenabschnitt würde eine zusätzliche Erschliessung mit einer Kantonsstrasse eines über Jahre gewachsenen Einkaufsquartiers zwischen Oberwil und Therwil ermöglichen. Das Versprechen war: staufrei und als Entlastung für die Ortskerne Oberwil und Therwil.

In der Landratsdebatte unbestritten war die Erkenntnis, dass es in diesem Raum zu viel Verkehr hat. Heftig umstritten war hingegen die Frage, was der richtige Umgang damit sein soll. Während für die Rechte im Rat die freie Durchfahrt und die Verhinderung von Staus das grösste Anliegen ist und sie daran glaubt, dass zusätzliche Strassen das richtige Rezept zur Bewältigung des Verkehrs sind, hat die Linke die Qualität des Lebensraums für die Bewohnerin-

nen und Bewohner der Quartiere im Blick. Ihre Anliegen sind die Verminderung der Lärmbelastung, die Beruhigung des Verkehrs, ein gefahrloses Queren der Strassen und die Gestaltung des Strassenraums so, dass er auch für Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrende attraktiv wird.

In den Studien zum Neubau der Langmattenstrasse wurde aufgezeigt, dass sie keine Entlastung für die Dorfkern bringt. Deshalb setzte sich glücklicherweise dann nach langer Diskussion im Rat doch die Erkenntnis durch, dass 13 Millionen in keinem Verhältnis zum erhofften Nutzen stehen. Damit ist das konkrete Bauvorhaben erst einmal vom Tisch.

Noch nicht vom Tisch ist allerdings der Richtplaneintrag. In ihrem kürzlich von den Gemeinden beschlossenen räumlichen Entwicklungskonzept setzen die Leimentaler Gemeinden primär auf umfassende Massnahmen für eine siedlungsverträgliche Gestaltung des Strassennetzes, wie Verkehrsberuhigungs- und Gestaltungsmassnahmen, insbesondere in den Ortskernen. Da geht es nicht an, dass der Landrat sich nach dem Volksnein zu ELBA auch über diese Haltung hinwegsetzt. Deshalb unterstütze ich ein mögliches Planungsreferendum, welches eine Volksabstimmung zu diesem Thema ermöglicht.

THOMAS NOACK,

LANDRAT SP, BUBENDORF